Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Manuel Westphal

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Verena Osgyan

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr.

Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Wiederbelebung des Diplomstudiums (Drs. 17/6816)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt für die Fraktionen entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Erster Redner ist Kollege Professor Dr. Piazolo.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie lange war das?)

- 24 Minuten, Herr Kollege. – Bitte, Herr Professor Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich an die Erste Lesung und die Beratungen im Hochschulausschuss zurückdenke, erinnere ich mich daran, welch großes Lob der Studienabschluss "Bachelor" von allen Fraktionen bekommen hat - außer von uns. Deshalb wollte ich nachfragen, welche Anerkennung dieser Bachelor in der Bevölkerung erfährt. Daher bin ich in den letzten Tagen in München in der Fußgängerzone unterwegs gewesen und habe gefragt, ob der Abschluss "Bachelor" bekannt ist. Was glauben Sie, werte Kollegen, wie viele Münchnerinnen und Münchner den Bachelor überhaupt als Studienabschluss kennen? Gut, es war keine repräsentative Umfrage. Aber es war nur ein Viertel! Nur 25 % der Bevölkerung wissen zehn Jahre nach dem Bologna-Prozess, dass das ein Studienabschluss ist. Das liegt knapp 2 % über der Anzahl derjenigen, die antworteten: RTL-Fernsehserie. Das ist erschreckend! Ein Begriff wie der Bachelor ist bei der Bevölkerung nach über zehn Jahren noch immer nicht angekommen. Das ist eine Watschen für ihre Hochschulpolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe übrigens auch nach dem Diplom gefragt. Da traf ich keinen Einzigen, der nicht wusste, dass das Diplom ein Studienabschluss und ein Titel ist. Da sieht man, welchen Unterschied es in diesen Bereichen gibt. Deshalb sage ich deutlich – gerade auch an die Staatsregierung und die CSU-Fraktion gerichtet –: Die Abschaffung des Diploms, die Abschaffung des Titels Diplom war eine der größten hochschulpolitischen Dummheiten der letzten Jahrzehnte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was ich schon gar nicht verstehen kann, ist Folgendes: Gerade die Kollegen der CSU, die zurzeit draußen rumrennen und von bayerischer und deutscher Leitkultur sprechen, führen zwar den Begriff Leitkultur im Mund, gleichzeitig aber führen sie anglo-amerikanische Begriffe wie Bachelor und Master in der Hochschulpolitik ein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wo bleibt denn da Ihre so gerühmte Leitkultur?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Diplom abzuschaffen und angloamerikanische Systeme einzuführen, das ist - das muss ich ganz deutlich sagen - im Grunde ein hochschulpolitischer Kurs, den man nicht nur nicht teilen kann, sondern geradezu verurteilen muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Schämt euch!)

Deshalb fordern wir: Greift doch auf einen bekannten Titel zurück und füllt ihn mit neuem Inhalt; denn vieles, was der Bologna-Prozess gebracht hat, ist nicht gut. Manches ist aber durchaus verwertbar. Deshalb fordern wir: Nehmen wir doch diese anerkannte Marke Diplom, beleben sie neu, führen sie teilweise neu ein als Diplomstudium mit Exzellenzanspruch! Auch das hören wir ja immer wieder von der Staatsregierung:

Wir sind exzellent. Entwickeln wir eine Marke, die für Bayern und Deutschland einmalig ist und nicht angloamerikanischen Abschlüssen hinterherrennt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt: berufsqualifizierend, 240 ECTS-Punkte, damit stärker als Bachelor, praxisorientiert mit zusätzlichen Praktiken, anwendungsorientiert in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und wissenschaftsfundiert mit einer eigenen Diplomarbeit. Das sind unsere Vorstellungen eines Diplomstudiums von Klasse, von Modernität, praxisorientiert. Das kann ein Gütesiegel im bayerischen Hochschulraum werden. Dafür werben wir. Das tue ich nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Wochen und Jahren, so lange, bis wir das in Bayern durchgesetzt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es gibt dabei keine Verwirrung, sondern der Titel Diplom ist in der Bevölkerung bestens bekannt. Es gibt keine Akkreditierungsschwierigkeiten. Wir können das locker machen. Dresden kann es auch, und was die Sachsen können, können wir schon lange.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das wäre auch kein Sonderweg in Europa, wie es von der CSU behauptet wird. Wir als FREIE WÄHLER stehen für Sonderwege nicht zur Verfügung. Viele andere Länder haben das Diplom behalten, nur wir, die Erfinder des Diploms, wir Deutsche haben es abgeschafft. Dagegen wehren wir uns, und dagegen werden wir politisch aktiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Piazolo. – Für die CSU-Fraktion kommt jetzt Kollege Westphal, bitte schön.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits dargestellt, haben wir die Argumente zu diesem Gesetzentwurf in

vielfältiger und sehr umfassender Art und Weise bereits in der Aktuellen Stunde ausgetauscht, wir haben sie im Ausschuss diskutiert und tun es jetzt hier im Plenum.

Alle Fraktionen mit Ausnahme der FREIEN WÄHLER haben sich eindeutig gegen diesen Gesetzentwurf ausgesprochen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das spricht für uns!)

Kollege Aiwanger, ein Spruch heißt: "Wer schreibt, bleibt", nicht "Wer schreit, bleibt."

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich möchte einige wesentliche Punkte herausarbeiten; denn das ist für die Kollegen notwendig, die nicht im Ausschuss Mitglied sind. Die FREIEN WÄHLER wollen die Einführung von modularisierten, erweiterten grundständigen Diplomstudiengängen, sie wollen die akademischen Grade "Diplom Universität" und "Diplom FH" wieder einführen, und sie wollen die Umstellungspflicht unserer Hochschulen auf das Bachelor- und Mastersystem wieder aufheben. Damit soll den angeblich fehlenden Praxisbezügen bei den Bachelorstudiengängen begegnet und dem hohen Interesse an den Masterstudiengängen entgegengewirkt werden, und wie ich vorhin gehört habe, will man wohl eine Abkehr vom Bologna-Prozess.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf ist weder sinnvoll noch zielführend. Er ist nicht auf die Zukunft ausgerichtet, sondern ist rückwärts gewandt. Er bringt keine Qualitätssteigerung mit sich. Weder die Studenten noch die Hochschulen noch die Unternehmen werden dadurch Vorteile haben. Er ist von uns deshalb nicht gewollt.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Von Ihnen nicht! Von uns schon!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das an einigen Punkten noch einmal deutlich machen, auch wenn der Kollege Aiwanger jetzt wieder dazwischenschreit. Bache-

lor und Master haben sich bewährt und sind gut angenommen worden. Der Bologna-Prozess läuft nun seit 1999. 48 Staaten haben sich daran beteiligt. Sämtliche Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern haben sich dementsprechend darauf eingestellt und ihre Studiengänge umgestellt. Es gibt 869 Bachelor-Studiengänge und 933 Master-Studiengänge. Die Hochschulen sind somit zielstrebig an diese Aufgabe herangegangen und haben sie erfolgreich gelöst. Das ist bereits ein Beleg dafür, dass kein Bedarf für diese Reform besteht.

Mit der Umstellung des Systems haben wir immer das Ziel verfolgt, mehr Internationalisierung und Mobilität zu erreichen. Wir haben dabei gute Fortschritte erzielt. Die Zahl der ausländischen Studenten ist gestiegen. Mehr Studenten als früher setzen ihr Studium im Ausland fort. Wir haben die Möglichkeiten erleichtert, um die Hochschule und den Studiengang zu wechseln. Heute besteht deutlich mehr Vergleichbarkeit, als das im System vorher der Fall war. Die Umstellung auf Bachelor und Master bietet neue Möglichkeiten, interdisziplinär zu arbeiten, sich besser zu spezialisieren und sich international auszutauschen. Daher wäre die Einführung von Diplom-Studiengängen ein Schritt in die falsche Richtung.

Wir haben mehr Praxis- und Berufsbezogenheit als vorher. Das zeigen keine Umfragen aus der Fußgängerzone, die ich selber durchgeführt habe. Das zeigen Befragungen etwa des Instituts der deutschen Wirtschaft. Diese Befragungen zeigen deutlich, wie hoch die Zufriedenheit ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die waren auch für das G 8 und sind jetzt für das G 9!)

- Ich sage es noch einmal: Nicht wer schreit, bleibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie reagieren doch darauf!)

- Ist ja gut. Darüber können wir hinterher noch diskutieren, Herr Kollege. - Außerdem - das halte ich auch für maßgeblich - würden wir mit der Einführung von Diplom-Studi-

engängen niemanden davon abhalten, das Masterstudium zu wählen. Das Masterstudium wird gewählt, damit man sich weiter qualifizieren kann. Wir haben den Hochschulen auch die Möglichkeit eröffnet, den Master- und den Diplomabschluss mit einer Äquivalenzklärung gleichzustellen, wie das die TU München gemacht hat. Es darf aber die Frage gestellt werden, warum nicht deutlich mehr Hochschulen von der Äquivalenzklärung, der Gleichstellung beider Abschlüsse, Gebrauch machen. Man wird darauf stoßen, dass es dieses Bedürfnis nach Diplom-Studiengängen nicht gibt, wie es die FREIEN WÄHLER gerne hätten.

Herr Kollege Professor Piazolo, weiter hätte die Einführung des Diplom-Studiengangs sehr wohl negative Folgen. Sie würde zu Unruhe und Unsicherheit an den Hochschulen, bei den Unternehmen und unter den Studenten führen. Es würde sehr wohl eine Titelverwirrung geben; denn es wäre nicht eindeutig ersichtlich, ob es sich um einen einphasigen, einen mehrphasigen oder einen modularisierten Studiengang handelt. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Mobilität würden reduziert, und die Internationalisierung würde zurückgeworfen werden. Das wird nicht nur von mir behauptet, sondern auch vom TU-Präsidenten Herrmann, vom Verein "Hochschule Bayern" und vom Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, der sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen und darauf verwiesen hat, dass Vorhandenes zu stärken sei und etwaige Probleme im Rahmen des bestehenden Systems zu bearbeiten seien.

Fazit meinerseits: Einen Bedarf für die Reform, wie mit diesem Gesetzentwurf gefordert, besteht nicht. Eine Reform würde keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Situation mit sich bringen. Sehr geehrter Professor Piazolo, wir als CSU sind in Bayern daheim und in der Welt zu Hause.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

Deswegen ist es kein Problem, sich mit Abschlüssen wie dem Bachelor und dem Master auseinanderzusetzen. Sie stehen mit Ihrem Gesetzentwurf auf dem hochschulpoli-

tischen Abstellgleis. Uns ist es wichtig, das bestehende System so gut wie möglich zu nutzen. Wir sollten es voranbringen. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Ich möchte Sie alle dazu einladen, diesen Weg gemeinsam mit uns weiterzugehen. Den vorliegenden Gesetzentwurf werden wir seitens der CSU-Fraktion nach wie vor ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Westphal, vielen Dank für die Ausführungen. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Professor Piazzolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte sehr.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Westphal, ich habe zwei oder drei Bemerkungen. Erstens sollten wir schon deutlich machen, wovon wir reden. Das war auch in den ersten beiden Aussprachen der Fall. Sie können kein Diplom, wie Sie es sich wünschen, hier vorstellen, um es dann abzulehnen. Wir wollen mit unserem Diplom keine Abkehr von Bologna. Das behaupten Sie zwar immer, das stimmt jedoch überhaupt nicht. Das geht übrigens auch rechtlich nicht. Das wollen wir nicht. Wir wollen auch keine Unterscheidung zwischen Diplom (FH) und Diplom (univ.). Wo steht das denn? Das wäre wirklich ein Zurück. Das sind Behauptungen, die einfach nicht stimmen.

(Oliver Jörg (CSU): Dann lösen Sie das Wirrwarr doch auf!)

Glauben Sie denn, dass die Sachsen verwirrt sind, wenn sie das Diplom dort einführen? Sind die Sachsen so viel intelligenter als die Bayern? Ich sage ganz offen: Das Geschehen auf Sachsens Straßen in den letzten Wochen hinterlässt den Eindruck, dass dort die Intelligenz wirklich in Maßen zu Hause ist. Insofern glaube ich, dass dort die Verwirrung nicht groß ist.

Zuletzt möchte ich anmerken, dass wir keine Verwirrung, sondern zusätzliche interessante Abschlüsse schaffen. Eine Vielfalt von Abschlüssen gab es übrigens früher

auch. Bayerische Hochschüler haben sich in dieser Zeit zurechtgefunden. Ich bin guten Mutes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrter Herr Professor Piazolo, ich darf auf meine Ausführungen und auf die Umfragen, die das Institut der deutschen Wirtschaft gemacht hat, verweisen. Eine Verwirrung würde es sehr wohl geben, weil nicht ersichtlich wäre, was sich hinter dem Titel "Diplom" versteckt. Ihre vorherige Rede hat bei mir den Eindruck hinterlassen, dass Ihrerseits eine Abkehr von Bologna gewünscht wird, egal ob dies rechtlich möglich ist oder nicht. Das sind nämlich zwei völlig verschiedene Fragen.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht zugehört!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Westphal. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Zacharias zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Herr Kollege Professor Piazolo, darüber habt ihr euch wirklich lange Gedanken gemacht. Es ist gut, wenn sich die FREIEN WÄHLER Gedanken machen, weil es genug gibt, was ihr bedenken müsst. Heute befassen wir uns zum zweiten Mal mit diesem Gesetzentwurf. In der Angelegenheit hatten wir sogar eine Woche oder zwei Wochen vor der Ersten Lesung eine Aktuelle Stunde. Wir haben uns im Hochschulausschuss damit befasst. Es ist nicht so, dass wir uns mit diesem Thema nicht befasst hätten. Wir haben die Themenfelder alle auf unserer inneren To-do-Liste.

An der Umsetzung des Bologna-Prozesses ist etwas faul. Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich das bitte ausführen. Die Bologna-Reform wurde im Jahr 1999 beschlossen und 2006 von vielen Vätern und ganz wenigen Müttern auf den Weg ge-

bracht. Fast 50 Staaten beteiligen sich an dem Bologna-Prozess. In Deutschland haben wir den größten Umbruch der Hochschullandschaft seit Humboldt mitgemacht, ohne einen Euro in die Hand genommen zu haben. Das wiederhole ich gerne mehrmals. An den Hochschulen wurde die größte Revolution durchgeführt, ohne Geld in die Hand genommen zu haben. Was haben wir Deutsche, gründlich wie wir sind, gemacht? – Wir haben die Reform sehr technokratisch umgesetzt. Wir haben die Chance nicht wahrgenommen – Herr Kollege Professor Piazzolo, da sind wir beieinander –, den Bachelor auf vier Jahre, also auf acht Semester, auszudehnen. Stattdessen haben wir das sechssemestriges Sparmodell gewählt. Das war ein Sparmodell. Das habe ich vor sieben Jahren bereits festgestellt, und das sage ich heute auch wieder. Wir haben uns das Sparmodell ausgesucht. Der Bachelor wird in sechs Semester gepresst.

Viele Studienfächer, etwa Medizin und Psychologie, sind deutlich anders strukturiert als andere MINT-Fächer. Heute stellen wir in der SPD-Landtagsfraktion fest, dass ganz viele Abschlüsse ohne den Master gar nicht darstellbar sind. Die Rechnung, dass der Bachelor für den Beruf qualifiziert und der Master eine wissenschaftliche On-Top-Leistung ermöglicht, ist leider nicht aufgegangen. Insofern ist die verkürzte Bachelor-Ausbildungszeit zu kritisieren. Da ist etwas dran. Vielleicht werde ich dieses unlieb-same Geschenk in der Fußgängerzone los, in der Sie, Herr Kollege, die Umfrage gemacht haben. Die Lösung wird nicht die Einführung des Diploms sein. Damit wird noch mehr Unordnung in das System gebracht.

Das sind die großen Herausforderungen des Hochschulstandorts Bayern: Die Hochschulen brauchen eine ordentliche Grundfinanzierung.

(Beifall bei der SPD)

Eine ordentliche Grundfinanzierung könnte die Universitäten und Hochschulen dazu bringen, doch den achtsemestrigen Bachelor einzuführen. Vor allem im Interesse der Ingenieurberufe könnte das Studium auskömmlich gut mit Praktika gespickt wer-

den. Wer dann den Master machen will, kann ihn in zwei Jahren obendrauf setzen. Die Grundfinanzierung ist für mich das A und O eines in die Zukunft gerichteten Hochschulstandorts Bayern. Das ist die Grundvoraussetzung, um auch Kollegen hier auf diesem Flügel, auf dem rechten Flügel anzusprechen, wo nicht alle ganz wach sind - - Nicht, dass der Kollege, den ich im Blick habe, jetzt gleich umfällt.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das ist der Flügel, der uns immer weismachen will, dass die prekären Arbeitsverhältnisse an Hochschulen und Universitäten kein Fakt sind. Doch!

(Beifall bei der SPD)

Hätten wir eine gedeihliche Ausfinanzierung der Universitäten, gäbe es nämlich keine prekären Arbeitsverhältnisse an Universitäten und Hochschulen. Dann hätten wir keine wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, die zum Teil in Sechzehntel-Arbeitsverträgen ihre wissenschaftliche oder nichtwissenschaftliche Arbeit machen. Wir wissen, dass bei Hilfskräften zwar der Mindestlohn formal angewandt wird; aber dann sagt man, dann arbeitest du eben im Vorweg, weil die Abhängigkeiten sehr groß sind. Wir können prekäre Arbeitsverhältnisse verhindern, indem wir Hochschulen auskömmlich grundfinanzieren. Das ist ein Punkt, den wir angehen müssen, Kolleginnen und Kollegen, nicht die Frage der Wiedereinführung des Diploms.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir müssen endlich verstehen, dass Bayern den Hochschulstandort mit seinen großartigen 24 Hochschulen und Universitäten bei guter Finanzierung nach vorne bringen und großartige junge Menschen hervorbringen wird, die unser Land bereichern und in die Welt ausschwirren. Dazu müssen wir sie in die Lage versetzen. Dafür brauchen sie Kontinuität und Verlässlichkeit seitens des Bayerischen Landtags. Deswegen brauchen wir keine Diskussion zur Wiedereinführung des Diploms, sondern zu ganz anderen Themen. Ich habe sie genannt: Grundfi-

finanzierung, eine Abkehr von prekären Arbeitsverhältnissen und bezahlbarer Wohnraum für alle Studierenden.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß anhand des Beispiels Aschaffenburg, dass es viele Studierende gibt, die dort nicht wohnen können. Kolleginnen und Kollegen der CSU, Herr Ministerpräsident – er ist nicht da, aber es wird ihm zugetragen werden –, es ist nicht nur eine Aufgabe der Kommunen und der Studentenwerke, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es ist unsere Aufgabe, hier finanzielle Mittel vorzuhalten, damit bezahlbarer Wohnraum, auskömmliches Essen und psychosoziale Betreuung für alle Studierenden vorgehalten werden können. Das sind die Themen der Hochschulen und Universitäten in Bayern, nicht die Frage der Wiedereinführung des Diploms.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Zacharias. – Jetzt erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Osgyan das Wort. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Verehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben uns sehr ausführlich Gedanken über den Vorstoß der FREIEN WÄHLER zur Wiedereinführung des Diploms gemacht. Wir hatten mit Ihnen zusammen eine Aktuelle Stunde. Es gab die Erste Lesung. Wir haben in den Ausschüssen mehrfach darüber beraten. Herr Piazzolo, bei der Analyse bin ich in vielen Punkten mit Ihnen einig. Die Bologna-Reform ist 16 Jahre später keineswegs gescheitert, aber es kracht noch an allen Ecken und Enden, und wir haben sehr viel Nachholbedarf. Herr Westphal, es hat mich sehr gefreut, dass Sie gesagt haben, lassen Sie uns im Rahmen des bestehenden Systems daran arbeiten, diese Reform weiterzuführen. Das ist meines Erachtens notwendig. Es wurde schon ausgeführt: Der sechssemestrige Bachelor ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Er ist international häufig nicht anschlussfähig. Ich muss Ihnen leider zustimmen, Herr Piazzolo: Der Bachelor ist bei der Wirtschaft weithin offen-

sichtlich noch nicht so anerkannt, wie er eigentlich sein sollte. Das heißt für mich aber nicht, gleich das ganze System in Form der dreigestuften Abschlüsse, die Bologna vorsieht, mit Bachelor, Master und Promotion, infrage zu stellen.

Das Diplom ist wirklich eine deutsche Marke. Ich habe selber noch im Diplomstudien- gang studiert und weiß, was wir daran hatten. Aber das ist einfach vorbei; wir haben nun ein anderes System und viel Energie in die Umstellung gesteckt. Natürlich gibt es auch noch viele Diplomstudiengänge. Da spricht für mich nichts dagegen zu sagen, wir müssen uns nicht beeilen, auch noch alle diese in kurzer Zeit umzustellen. Wir können uns dabei durchaus Zeit lassen, um Ruhe in das System zu bringen.

Ich denke aber, die Einführung einer zusätzlichen Laufbahn im Sinne eines Diploms würde noch mehr Unruhe bringen und vor allem Kosten aufwerfen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob die internationale Anschlussfähigkeit dann wirklich so gegeben wäre. Wir müssen jetzt doch vor allem daran arbeiten, für Studierende zumindest die Mög- lichkeit zu schaffen, einen Bachelor zu finden, der international anschlussfähig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen daran arbeiten, dass es genügend Master-Studienplätze in Bayern gibt, damit alle, die dazu befähigt sind, tatsächlich den Master machen können. Die Situa- tion hat sich nach dem, was ich gehört habe, offensichtlich leicht entspannt. Das liegt aber weithin daran, dass viele Studierende mit den Füßen abstimmen und ihren Mas- ter in anderen Bundesländern machen. Sehr wenige kommen hingegen von außen nach Bayern, um ihren Master hier zu machen. Wenn wir unseren Standort konkur- renzfähig machen wollen, müssen wir die Zahl der Masterstudienplätze ausbauen. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe im Gegensatz zum Bachelor noch nicht gehört, dass der Master nicht aner- kannt sei. Er ist vielleicht noch nicht so bekannt, aber es spricht nichts dagegen, Äqui-

valenzdiplome zu vergeben. Das ist in weiten Teilen schon möglich. Vielleicht müssen wir die Regelungen dafür noch etwas lockern und die Universitäten und Hochschulen ermuntern, tatsächlich Äquivalenzdiplome zu vergeben. Der Titel lässt sich so auch erhalten. Aber wir müssen die Laufbahn so gestalten, dass sie international anschlussfähig ist.

Rückblickend betrachtet war es vor 16 Jahren ein wahnsinnig mutiger Schritt in Bezug auf die europäische Einigung zu sagen, wir möchten einen europäischen Hochschulraum, der durchlässig ist und die Chance gibt, sich auszutauschen. Für mich ist es kein Grund, ihn grundsätzlich infrage zu stellen, nur weil er momentan noch nicht vollkommen verwirklicht ist. Außerdem haben wir derzeit viel größere Baustellen zu bearbeiten.

Es wurden bereits ganz viele Punkte genannt, die wir in unserem Hochschulsystem reformieren müssen. Dazu gehört mit Sicherheit das Thema Grundfinanzierung. Sie von der CSU sagen immer, die Gelder für die Grundfinanzierung seien gestiegen. Aber pro Studierenden sind sie faktisch gesunken. Die Drittmittelabhängigkeit steigt. Damit sind die prekären Arbeitsverhältnisse für den wissenschaftlichen Mittelbau direkt zu verbinden. Da waren wir uns im Ausschuss einig. Es ist uns allen wichtig, daran zu arbeiten, sichere Beschäftigungsverhältnisse für junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu bekommen. Es ist mir ein Anliegen, daran weiterzuarbeiten.

Andere Dinge wurden ebenfalls schon genannt. Es geht um Frauenförderung an Hochschulen. Warum haben wir nur einen Anteil von 17 % Professorinnen in Bayern? Andere Bundesländer, zum Beispiel Berlin, haben einen Anteil von 30 %. Auch da müssen wir nachlegen.

Ich führe einen letzten Punkt an. Die Kultusministerkonferenz hat erst diese Woche beschlossen, den Hochschulzugang für Geflüchtete zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Angesichts der vielen jungen Menschen, die jetzt hier sind und die wir in unserem Land zu Qualifikationen führen müssen, um bei der Integration gemeinsam voran-

zukommen, ist das eine Aufgabe, der sich Bayern stellen muss und wo ich leider in den vergangenen Monaten bei der Behandlung unserer Anträge gemerkt habe, dass wir nicht auf große Resonanz stoßen. Ich hoffe, das alles ändert sich jetzt. Ich hoffe, wir können gemeinsam die wirklich großen Baustellen in der Hochschullandschaft Bayern angehen.

Herr Piazolo, ich würdige es ausdrücklich, dass Sie eine Interpellation gestellt haben. Ich glaube, mit diesen Antworten werden wir arbeiten können. Aber für mich ist es gerade angesichts dessen zu früh, den Schluss zu ziehen, wir brauchen das Diplom, abgesehen davon, dass ich mir bereits jetzt sicher bin, dass alle Fakten dagegen sprechen. Ich denke, wir haben viele wichtigere Aufgaben vor uns.

An dieser Stelle möchte ich allen Studierenden, allen Lehrenden, allen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und allen Beschäftigten an den Hochschulen frohe Weihnachten wünschen und den Wunsch äußern, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam an diesen Themen weiterarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Osgyan. Auch für die Weihnachtswünsche herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatsminister Dr. Spaenle gemeldet. Bitte schön. Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich glaube, ich stelle vorweihnachtliche Verwirrung fest.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir haben jetzt Tatbestände miteinander vermengt und Wahrnehmungen in der Hochschulpolitik gehört, die, glaube ich, an der Realität völlig vorbeigehen. Man kann zurück in die Vergangenheit gehen. Hochschulrechtlich ist das möglich. Ich glaube aber, man kann 15 Jahre hochschulpolitische Entwicklung nicht rückgängig machen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Das will ja niemand! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bewährtes erhalten!)

Wir sehen die Notwendigkeit, innerhalb des Bologna-Prozesses aus den Erfahrungen mit dem gestuften Abschlusssystem Schlüsse zu ziehen und für eine Weiterentwicklung zu sorgen. Die Behauptung, dass die Abschlüsse, die in Bayern angeboten werden, international nicht anschlussfähig seien, ist schlicht und einfach falsch. Die Behauptung, dass wir nur 6 plus 4 hätten, ist auch falsch. Wir fahren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften als eines der wenigen Länder von Beginn an den grundständigen Bachelor mit 6 plus 1. Die jungen Leute, die die Hochschule verlassen, sind hoch erfolgreich, egal ob sie MINT-Abschlüsse, die früheren Diplom-Abschlüsse oder andere Abschlüsse haben. Sie haben entsprechend gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine Lösung 8 plus 4 ist etwas Bemerkenswertes. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

In der Regel ist die gestufte Studienabschlusszeit auf fünf Jahre angelegt. Innerhalb dieser fünf Jahre ist Gestaltungsfreiheit möglich. Wir haben uns dafür entschieden, dass der Regelabschluss für den grundständigen Bachelor an Universitäten klassischen Zuschnitts wie in den meisten anderen Ländern nach sechs Semestern erfolgt, an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften nach sieben Semestern. Der Regelabschluss in den entsprechenden konsekutiven Masterstudiengängen erfolgt nach vier Semestern an den Universitäten bzw. nach drei Semestern an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen, sprich Hochschulen für angewandte Wissenschaften, und den Universitäten ist durch die Einführung der gestuften Studiengänge dramatisch angestiegen, weil wir eine Bewegung von Bachelor-Absolventen, die ihren Abschluss an der HAW erworben haben, zu Masterangeboten an den Universitäten hin feststellen.

Zweitens sind wir in den letzten zehn Jahren zum drittbeliebtesten Land auf dem Erdball geworden, was die Wahrnehmung von Studienangeboten durch ausländische Studierende angeht. Vor uns liegen nur noch die USA und Großbritannien. Diese Entwick-

lung hat natürlich mit den gestuften Studienabschlüssen zu tun, weil die Kompatibilität zwischen dem, was in Deutschland gelehrt wird, und der Möglichkeit gestufter Studienabschlüsse sowie die Wahrnehmung von Teilen eines Studiums in dem internationalen System gestiegen ist. Das ist die Wahrheit.

Was das Thema "Finanzausstattung der bayerischen Hochschulen" und die hierzu getroffenen Vereinbarungen der Großen Koalition angeht, hat der Bund BAföG-Entlastungskosten in Höhe von über 2 Milliarden Euro übernommen. Bayern betreffen davon jährlich 160 Millionen Euro. Davon fließen 140 Millionen Euro in vollem Umfang in den Bereich Wissenschaft und an die Hochschulen. 20 Millionen Euro werden für die schulische Bildung zur Verfügung gestellt. Neben Baden-Württemberg sind wir eines von ganz wenigen Ländern in Deutschland, die das tun. Wir sind das einzige Land, das die klassische Grundausstattung an allen bayerischen Hochschulen – egal, ob es sich um Hochschulen für angewandte Wissenschaften oder Universitäten handelt – angehoben hat, weil wir natürlich sehen, dass die Erfolge, die die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften beim wettbewerblichen Einwerben von Projekten – sprich drittmittelgestützt – aufweisen, die Schere zwischen Grundausstattung und entsprechenden drittmittelgestützten Anstellungsverhältnissen haben aufgehen lassen. Wir haben daraus Konsequenzen gezogen.

Wir sehen, dass bei der Frage der Studierfähigkeit, die vor sechs, acht Jahren die Demonstrationswelle der Studierenden ausgelöst hat, Konsequenzen gezogen werden mussten, und dies werden wir auch weiterhin tun. Wir müssen aber auch etwas ganz anderes, nämlich die Systemakkreditierung vorantreiben. Das heißt, wir haben die Aufgabe, diese Hochschulen so zu stellen, dass sie ihre eigenen Studiengänge selbst evaluieren und akkreditieren können. Dieser Weg ist für die Hochschulen sehr anstrengend, aber letztlich lohnend, weil sie den kostenaufwendigen sowie zeit- und personalaufwendigen Weg der Akkreditierung einzelner Studiengänge nicht mehr gehen müssen. Vielmehr bekommen sie für eine bestimmte Anzahl von Jahren die entsprechende Anerkennung für ihr Qualitätssicherungssystem. Es gilt, diesen Weg weiterzu-

gehen. Diesen Weg haben erst wenige Hochschulen, zum Beispiel die TU in München, beschritten.

Wir müssen dafür sorgen – das haben wir bereits getan –, dass die Kapazitäten für Masterstudiengänge bei der Ausbauplanung angehoben werden. Bei der auf dem Hochschulpakt fußenden Grundfinanzierung der Erstsemester werden insgesamt acht Semester pro Nase bezahlt. Bei einem durchschnittlichen Bachelorstudium mit sechs Semestern ist in die Finanzierungskulisse bereits ein Masteranteil eingespeist, was über die Auswirkungen des Hochschulpaktes und die Ausbauplanung entsprechend vorgenommen wird. Wir haben und werden weiterhin die Entwicklung der Masterstudienplatzkapazitäten genau beobachten. Wir haben bereits nachgesteuert und werden dies dort, wo es notwendig ist, weiterhin tun. Aktuell und zeitnah wurde beobachtet: Wir haben an den bayerischen Hochschulen ausreichende Masterstudienplatzkapazitäten. Aber es wird nicht immer möglich sein, dass man an der Hochschule, an der man studiert, auch den gewünschten Masteranschluss – konsekutiv oder nichtkonsekutiv – findet. Das ist der Punkt. Das kann man benennen, weil es öffentlich diskutiert wurde: Wir hatten aus bestimmten Gründen an der Universität in Würzburg einen Engpass in Psychologie; diesen haben wir beseitigt. Genau diese Entwicklung beobachten wir.

Gott sei Dank werden mehr junge Menschen Masterangebote wahrnehmen, als es in den Prognosen vorhergesehen war. In der Zeit der Gesetzgebung war sogar die Überlegung, ob man nicht bestimmte Quoten gesetzlich festlegt, die den Übergang vom Bachelor zum Master bestimmen hätten sollen. Das wäre völlig falsch und kontraproduktiv gewesen.

Wir müssen uns dem Auftrag stellen, auf der einen Seite bei konsekutiven Studiengängen die inhaltlichen Angebote und die Curricula noch besser zu verzahnen, auf der anderen Seite die Berufsfähigkeit, die ein Teil der Überlegungen des Bologna-Systems war, und das, was wir an grundständigen Inhalten in der akademischen Lehre brauchen, beieinander zu halten und dem entsprechenden akademischen Anspruch Genü-

ge zu leisten. Insofern ist die Rückkehr zum Diplom hochschulrechtlich eine Sackgasse.

Die Technischen Universitäten beschreiten einen ganz anderen Weg. Diese haben nämlich vereinbart, dass mit dem Masterzeugnis das Testat ausgestellt wird, dass der Umfang der Studieninhalte und das, was erreicht worden ist, dem klassischen Diplomingenieur entsprechen. Das sind mögliche hochschulrechtliche Maßnahmen. Aber mit Nostalgie werden wir den Herausforderungen in der Wissenschaftspolitik des 21. Jahrhunderts nicht Genüge tun.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, einen kleinen Moment. Herr Kollege Piazzolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, zum Ersten – das habe ich bereits mehrmals erwähnt, aber man findet kein Gehör –: Wir wollen nicht zum Diplom zurück, sondern es weiterentwickeln. Das hatte ich auch beschrieben. Aber da das scheinbar nachvollziehbar und gut ist, wird es nicht angenommen, sondern man greift auf das Alte zurück.

Ich habe eine zweite Bemerkung im Anschluss an das, was gestern der Herr Ministerpräsident gesagt hat, der auf das von ihm übernommene Erbe ein bisschen zurückgeblendet hat. Sie haben gesagt, man könne nicht zu dem zurückkehren, was vor 15 Jahren gewesen sei. Ich will Ihnen nur ein paar Dinge nennen, die vor 15 Jahren nicht Sie persönlich, jedoch die CSU verfochten hat, die sie aber heute nicht mehr verfocht. Daran sieht man, dass man das doch kann. Erstes Beispiel: Sie haben vor 15 Jahren und danach die Studiengebühr vehement verfochten, heute jedoch nicht mehr. Auch das Büchergeld hat die CSU eingeführt; das gibt es aber heute nicht mehr. Auch vom Transrapid ist man heute weggekommen. Auch von der Atomkraft, die vor 15 Jahren bei der CSU Begeisterungstürme ausgelöst hat, ist man weggekommen. Vom Donauausbau, der vor 15 Jahren gefordert wurde, ist man heute ebenfalls weg-

gekommen. Auch vom G 8 gehen Sie mit der "Mittelstufe Plus" langsam weg. Ich stelle mir die Frage: Warum kann man nicht wieder einmal über ein Diplom nachdenken, das Sie vor 15 Jahren auch noch vertreten haben? Die Aussage, alles, was vor 15 Jahren gewesen sei, könne man im Grunde genommen weglegen, darüber brauche man nicht mehr nachzudenken, ist falsch. Auch eine CSU hat sich in 15 Jahren gewandelt. Vieles hat sich zum Guten hin geändert. Denken Sie auch über dieses Diplom nochmals nach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich kann jetzt nicht unmittelbar ableiten, was der Donauausbau und die Atomkraft mit wissenschaftspolitischen Fragestellungen zu tun haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihre ständigen Kurswechsel, erst dahin, dann dorthin!)

Ich habe schon immer gesagt: Sauferkel allein halten, langt nicht. - Die Studiengebühren haben ihre Lenkungswirkung getan. Wir haben heute in den Haushalt einen Betrag von über 180 Millionen Euro eingestellt, der das strategische Ziel der Studienbeiträge erfüllt, nämlich zusätzliche Mittel für die Lehre zur Verfügung zu haben, an deren Verausgabung die Studierenden unmittelbar beteiligt sind. Ich meine nicht die hochschulrechtliche Möglichkeit, die besteht, um einen solchen Titel wieder einzuführen, sondern es geht um die bundesweit getroffene Entscheidung im deutschsprachigen Wissenschaftsraum. Dieser Wissenschaftsraum hat eine ganz andere Kultur, weil er eben nicht auf einem gestuften Studienabschlussystem basiert wie etwa der amerikanische Wissenschaftsraum und übrigens auch die gesamten Länder Südost- und Osteuropas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Diese Länder haben sich diesem anglo-amerikanisch geprägten System angeschlossen. Deswegen hat sich der deutschsprachige Wissenschaftsraum mit der Einführung schwerer getan. Insofern hat Frau Zacharias recht.

Wir haben natürlich wieder sämtliche AGBs und Beipackzettel gründlich mit umgesetzt. Das ist richtig. Aber ein Studienabschluss wird nicht im luftleeren Raum geschaffen. Wir haben die Grundstruktur eines gestuften Abschlusswesens, das übrigens nicht zwei, sondern drei Zyklen umfasst. Der klassische Ansatz ist ein grundständiger Bachelor zur weiterentwickelten Form des Masters und dann ein strukturiertes Promotionsstudium. Ich komme selber aus den Geisteswissenschaften und glaube, dass allein dieses dritte Element eine Veränderung gebracht hat, die an dieser Stelle guttut, weil ich eine entsprechende Begleitung und eine ganz andere Form der wissenschaftlichen Einbettung habe.

Das meine ich mit "Roll back". Wenn ich einen Titel schaffe, ist es ein Titel ohne Boden. Die Anschlussystematik würde für einen Diplomabsolventen gelten. Das Beispiel Sachsen zeigt, dass der Weg eines Diplomstudiengangs rechtlich möglich ist. Ich halte ihn aber hochschulpolitisch für nicht richtig.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 17/6816 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei der CSU-Fraktion.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Einer denkt schon mit!)

Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Gote und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Reform des Bestattungsrechts: Islamische Bestattungen erleichtern – Qualität der Leichenschau verbessern – Qualität des Bestattungswesens absichern" auf der Drucksache 17/3724 bekannt. Mit Ja haben 60, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)